

Wansleben, Martin

Article — Digitized Version

## Produktivitätsorientierung der Löhne - der falsche Weg?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wansleben, Martin (1984) : Produktivitätsorientierung der Löhne - der falsche Weg?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 12, pp. 609-614

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135991>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Produktivitätsorientierung der Löhne – der falsche Weg?

Martin Wansleben, Frankfurt

**Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik gerät zunehmend in die Schußlinie der Kritik. Die Frage, ob der jährliche Produktivitätszuwachs als Lohnleitlinie geeignet ist, wird immer häufiger gestellt. Beeinflußt ein falsches lohnpolitisches Konzept die Ergebnisse der Tarifverhandlungen?**

---

Die Kritik an der produktivitätsorientierten Lohnpolitik beruht zum einen auf praktischen Erfahrungen: Seit etwa Anfang der 70er Jahre nimmt die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik dem Trend nach kontinuierlich zu bzw. verharrt auf hohem Niveau. Die Lohnpolitik befindet sich also offensichtlich in einer Krise. Zum anderen spielen wissenschaftliche Überlegungen eine Rolle: Bemühungen im Hinblick auf neue, geeignetere Berechnungsformeln sind hier ebenso zu nennen wie weitergehende Überlegungen darüber, ob die Produktivitätsorientierung der Löhne vom theoretischen Ansatz her falsch ist oder zumindest falsch interpretiert wird.

In das Bewußtsein der Öffentlichkeit dringen diese Probleme jedoch nur langsam. Trotz der statistischen Fakten und obwohl bereits sehr früh weite Kreise der Wissenschaft fundamentale Einwände gegen die Produktivitätsorientierung vorbrachten<sup>1</sup>, halten große Teile der wirtschaftspolitischen Beratung nach wie vor an der produktivitätsorientierten Lohnpolitik fest. So fordert z. B. die CDU in ihren Stuttgarter Leitsätzen, die Arbeitskosten am „Produktivitätsfortschritt“ zu orientieren<sup>2</sup>. Von einem „verteilbaren Produktivitätszuwachs“ ist selbst im Herbstgutachten der fünf größten Wirtschaftsforschungsinstitute die Rede<sup>3</sup>.

Die Frage nach der richtigen Formel zur Berechnung der Produktivität, die Frage also, welche Größen beim Quotienten aus gesamtwirtschaftlicher Ausbringung und gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinsatz im Zähler bzw. Nenner zu stehen haben, wurde bereits in den 50er Jahren leidenschaftlich diskutiert. Damals ging es

darum, eine möglichst präzise, auf das Ziel der Preisniveaustabilität abgestellte Produktivitätskennziffer zu berechnen.

So wurde z. B. zur Diskussion gestellt, nicht nur die abhängig Beschäftigten, sondern zusätzlich auch die Empfänger von an die Lohnentwicklung gebundenen Transfer- und Rentenzahlungen in die Nennergröße mit einzubeziehen<sup>4</sup>. Denn deren monetäre Nachfrage, so die Begründung, hinge ebenfalls von der Lohnentwicklung ab. Trotz der zur gleichen Zeit vorgebrachten fundamentalen Kritik hielt man wohl nicht zuletzt aufgrund pragmatischer Erwägungen an der Produktivitätsorientierung fest. Ein besseres Konzept zur Messung des Verteilungsspielraums war nicht zu finden. Der statistisch berechnete Produktivitätszuwachs entsprach vielmehr dem auch vom Zeitgeist geprägten Wunsch nach einer Leitlinie zur Objektivierung des Lohnfindungsprozesses am besten.

Die erste umfassende konzeptionelle Änderung führte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen seiner ersten Jahresgutachten durch<sup>5</sup>. Anstatt auf die Zahl der

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWI vom 12. Juni 1955 bzw. vom 21. Februar 1960 oder E. Liefmann-Keil: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 76 (1956), S. 240 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Stuttgarter Leitsätze der CDU, Ziffer 43.

<sup>3</sup> Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1984, Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Hamburg, 19. Oktober 1984, S. 35.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. H. Seischab: Fragen der Messung des Produktivitätszuwachses, Diskussionsbeitrag in: G. Fürst, L. Gabriel (Hrsg.): Produktivität und Lohn, in: Lebendige Wirtschaft, Bd. 15, Darmstadt 1956, S. 215 ff.

<sup>5</sup> Die verbale Darstellung des als Synthese der vorangegangenen Lohnleitliniendiskussion verstandenen Konzepts findet sich im ersten Jahresgutachten 1964/65, Ziffer 248. Die ersten konkreten Berechnungen zur Reallohnposition – Differenz aus verteilbarem Produktivitätsfortschritt und tatsächlicher Lohnentwicklung – werden im Jahresgutachten 1970/71, Tabelle 3, S. 21 veröffentlicht.

---

*Martin Wansleben, 26, Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA) in Frankfurt.*

abhängig Beschäftigten bezieht er das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis nun auf die Zahl der Erwerbstätigen. Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur, also Veränderungen der Anteile von abhängig Beschäftigten und Selbständigen, werden somit rechnerisch eingefangen. Maßgeblich ist nicht mehr die tatsächliche, sondern die bereinigte Lohnquote<sup>6</sup>. Ferner bezieht der Sachverständigenrat Veränderungen der Terms of Trade in die Berechnungen mit ein. Schließlich werden seit 1980 auch Veränderungen der Kapitalkosten – Abschreibungen und Verzinsung – berücksichtigt; der Sachverständigenrat hatte dies zwar bereits in seinem ersten Jahresgutachten gefordert, im Hinblick auf das verfügbare Datenmaterial aber für unmöglich gehalten<sup>7</sup>.

### Modifikationen für die Praxis

Die in jüngster Zeit zur Diskussion gestellten Modifikationen der Produktivitätsformel setzen einen anderen Schwerpunkt. Wohl im Hinblick auf die derzeit anhaltend hohe Arbeitslosigkeit betonen sie stärker den beschäftigungspolitischen Aspekt. Das Ziel der Preisniveaustabilität tritt dabei in den Hintergrund. Statt von Kostenniveauneutralität ist denn auch von Beschäftigungsneutralität bzw. Beschäftigungsorientierung die Rede. Im Grunde wird versucht, den bereits seit langem, vom Sachverständigenrat allerdings ohne Angabe einer Größenordnung, geforderten Vollbeschäftigungsabschlag<sup>8</sup> quantitativ umzusetzen.

Gemeinsamer Ansatzpunkt dieser Vorschläge ist der Einwand, daß der nach herkömmlichem Muster berechnete Produktivitätszuwachs zu sehr das Ergebnis auch von Fehlentwicklungen der Vergangenheit sei<sup>9</sup>. Verteilungsspielräume würden indiziert, wo an sich keine vorhanden seien. Scheiden z. B. in einer Rezession die am wenigsten produktiven Unternehmen aus dem Markt, erhöht sich rein rechnerisch die Produktivität der im Arbeitsprozeß verbliebenen Arbeitskräfte<sup>10</sup>. Dadurch wird statistisch ein zusätzlicher Verteilungsspielraum für die nunmehr produktiveren Arbeitsplatzbesitzer selbst bei möglicherweise zurückgegangener gesamtwirtschaftlicher Ausbringung ausgewiesen. Die Frage, inwieweit durch die gleichzeitig größer gewordene Zahl der Ar-

<sup>6</sup> Unter Vernachlässigung der sonstigen Größen rechnet der Sachverständigenrat mit folgendem Quotienten:

$$P = \frac{L \cdot A}{Y \cdot E} = \frac{L}{Y} \cdot \frac{A}{E} \text{ wobei}$$

„L“ für die Summe aus Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, „Y“ für das Bruttoinlandsprodukt, „E“ für die Anzahl der Erwerbstätigen und „A“ für die Anzahl der abhängig Beschäftigten stehen. Vgl. hierzu G. B o m b a c h : Statistische Produktivitätsmaße und Lohnpolitik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 51. Jg. (1967), S. 292 f.

<sup>7</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1980/81, Ziffer 145, sowie Anhang IV, Ziffer 4 und 7.

beitslosen der Verteilungsspielraum beeinflusst wird, bleibt allerdings offen.

Baum schlägt deshalb vor, das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis auf eine umfassendere Arbeitseinsatzgröße zu beziehen, die auch die Zahl der Arbeitslosen umfaßt<sup>11</sup>. Eine nähere Abgrenzung dieser Größe gibt er indes nicht. Folgt man seiner Argumentation, würde sich als neue Arbeitseinsatz- bzw. Nennergröße z. B. die Zahl der Erwerbspersonen anbieten<sup>12</sup>. Neben denjenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, würden dann auch diejenigen in die Berechnungen mit einbezogen, die keinen Arbeitsplatz, grundsätzlich aber den Willen haben, erwerbstätig zu sein<sup>13</sup>. Baums Vorschlag geht damit nicht von einer fundamentalen Kritik aus, sondern läuft letztlich auf eine Verfeinerung der statistischen Produktivitätsmessung hinaus. Unter grundsätzlicher Beibehaltung der Produktivitätsorientierung der Löhne soll lediglich die statistische Messung verbessert bzw. der aktuellen Situation angepaßt werden.

### Theoretisch angelegte Modifikation

Während der von Baum zur Diskussion gestellte Vorschlag klar von der Zielsetzung geprägt ist, bei Tarifverhandlungen auf eine handfeste Faustformel zurückgreifen zu können, schlägt Roth eine stärker theoretisch angelegte Modifikation der Berechnung vor, ohne jedoch die Funktionsfähigkeit der Produktivitätsorientierung grundsätzlich in Frage zu stellen. Ziel seines Vorschlags ist es vielmehr, „jenen verteilbaren Produktivitätsfortschritt zu ermitteln, der zu erwarten wäre, wenn zyklische und langfristige Arbeitsmarktungleichgewichte nicht auftreten würden . . .“<sup>14</sup>. Mit Hilfe einer für den Zeitraum von 1960 bis 1982 geschätzten Cobb-Douglas-Produktionsfunktion<sup>15</sup> führt er zwei Alternativrechnungen durch: Im ersten Fall wird die potentielle Produktivitätsentwicklung bei Vollauslastung des Produktionsfaktors Arbeit berechnet; bereinigt wird also um Fehlentwicklungen bei der Beschäftigung. Als Arbeits-

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Jahresgutachten 1982/83, Ziffer 221.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. J. R o t h : Kriterien für eine beschäftigungsgerechte Lohnpolitik, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1/1983, S. 37.

<sup>10</sup> Vgl. K.-D. S c h m i d t u. a.: Im Anpassungsprozeß zurückgeworfen, Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft (Zweiter Strukturbericht), Kiel 1983, S. 108.

<sup>11</sup> Vgl. Th. M. B a u m : Produktivitätsfortschritt, Wachstum und Lohnpolitik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 64. Jg. (1984), H. 10, S. 493.

<sup>12</sup> Dabei handelt es sich natürlich nur um eine mögliche Abgrenzung. Vgl. hierzu z. B. J. R o t h , a.a.O., S. 37 ff.

<sup>13</sup> Zur Abgrenzung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbspersonen vgl. z. B. H. K u c h e n b e c k e r : Grundzüge der Wirtschaftsstatistik, 2. Aufl., Berlin 1973, S. 33.

<sup>14</sup> Vgl. J. R o t h , a.a.O., S. 37. Einen ähnlichen Ansatz wählen auch K.-D. S c h m i d t u. a., a.a.O., S. 108 ff.

<sup>15</sup> Siehe J. R o t h , a.a.O., S. 47.

**Tabelle 1**  
**Produktivitätskennziffern im Vergleich**  
(durchschnittliche jährliche Veränderungen in %)

	BIP <sup>1</sup> je abhängig Beschäftigten	BIP <sup>1</sup> je Erwerbstätigen	BIP <sup>1</sup> je Erwerbsperson	SVR <sup>2</sup> – Konzept	Roth <sup>3</sup> (1)	Roth <sup>4</sup> (2)
1965-69	4,0	4,6	4,6	4,3	4,3	4,2
1970-74	2,6	3,3	3,0	4,2	2,6	3,0
1975-79	2,8	3,2	3,0	3,5	2,2	2,0
1980	0,4	0,8	-0,3	-0,8	0,1	0,6
1981	0,7	0,8	0,4	-0,3	-1,0	-0,4
1982	1,0	0,9	-1,3	1,4	0,1	1,0
1983	3,0	2,8	0,3	2,9	-	-

<sup>1</sup> Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 (Inlandskonzept); Quelle: Statistisches Bundesamt; <sup>2</sup> Produktivitäts-, Kapitalkosten-, Terms-of-Trade- und Kosteneffekt von indirekten Steuern und Subventionen, ohne Preiseffekt; Quelle: SVR, Jg. 1983/84, Tabelle 19, S. 88; <sup>3</sup> potentielle Arbeitsproduktivität bei Vollauslastung des Faktors Arbeit; Quelle: J. Roth, a.a.O., Tabelle 2, S. 45; <sup>4</sup> potentielle Arbeitsproduktivität bei Vollauslastung aller Faktoren; Quelle: ebenda.

einsatzgröße wird dafür die Summe aus der Zahl der Beschäftigten – nicht die Zahl der Erwerbstätigen – und der der Arbeitslosen gewählt<sup>16</sup>. Parallelen zum Ansatz von Baum sind sichtbar. Im zweiten Fall liegt der Berechnung die Vollauslastung aller Produktionsfaktoren (hier: Arbeit, Kapital und importierte Vorleistungen) zugrunde. Die so berechnete Produktivität ist dann gleich dem Quotienten aus einer Art Produktions- und Arbeitskräftepotential<sup>17</sup>. Dem Vergleich der quantitativen Auswirkungen dieser verschiedenen Berechnungsvarianten dient Tabelle 1. Roth selbst mahnt jedoch, die Ergebnisse seiner Berechnungen „schon allein aus methodischen Gründen“ nicht überzuinterpretieren<sup>18</sup>. Schwachpunkte sieht er zum einen in der für den Zeitraum von 1960 bis 1982 als konstant angenommenen Produktionsfunktion; zweitens blieben Qualitätsveränderungen der Produktionsfaktoren unberücksichtigt; schließlich hält er die Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen für eine zu ungenaue Approximation des Arbeitskräftepotentials.

Bei dem Vergleich der verschiedenen Produktivitätskennzahlen sollte man sich ferner nicht von relativ geringen absoluten Unterschieden täuschen lassen. Da das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit – hier verstanden als gesamtwirtschaftliches Lohnaggregat – rund 1000 Mrd. D-Mark beträgt, machen Abweichungen selbst von weniger als einem Prozentpunkt schnell Größenordnungen von zweistelligen Milliardenbeträgen aus. Die Differenzen vergrößern sich zudem durch Addition und Kumulation über mehrere Jahre hinweg.

### Gemeinsamkeiten

Trotz unterschiedlicher Rechenansätze und -ergebnisse haben die Berechnungsformeln des Sachverständigenrates sowie von Roth und Baum allerdings folgende zwei wichtige Gemeinsamkeiten:

□ Sie übernehmen von der produktivitätsorientierten Lohnpolitik die Produktivitätsorientierung. Der Quotient aus gesamtwirtschaftlicher Ausbringung und gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinsatz – wenngleich letzterer in veränderten Abgrenzungen –, und damit letztlich doch wieder eine Produktivitätskennziffer, bleibt nach wie vor maßgebliche Bestimmungs- bzw. Orientierungsgröße der Lohnpolitik.

□ Die Kritik setzt, was ihre Auswirkung betrifft, an der Berechnungsformel an. Die Frage, ob das theoretische Fundament der Produktivitätsorientierung überhaupt tragfähig ist, so daß die Funktionsfähigkeit einer solchen Lohnpolitik gewährleistet wäre, wird nicht gestellt und bleibt daher unbeantwortet. Dabei ist neben dem quantitativen Gesichtspunkt gerade diese im wahrsten Sinne fundamentale Frage von besonderem Interesse. Denn da der Lohn ein Preis – der Preis für den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit – ist, läuft der Versuch, den richtigen Lohnabschluß formelmäßig zu berechnen, darauf hinaus, Preisveränderungen einschließlich aller sie auslösenden objektiven und subjektiven Knappheits- und Wertveränderungen formelmäßig im voraus zu bestimmen<sup>19</sup>. Ein „inhärent-komplexes Phänomen“ soll mathematisch formuliert werden. Die Anzahl der dabei zu berücksichtigenden Aspekte, über die sich meßbare Angaben statistisch erfassen lassen, ist allerdings in der Realität sehr begrenzt, und es besteht die Gefahr, daß gerade die wichtigsten Aspekte unberücksichtigt bleiben<sup>20</sup>.

<sup>17</sup> Gewisse Parallelen zur Berechnungsformel des Sachverständigenrates sind insofern gegeben, wie dieser bei der Ermittlung der Kapitalkosten ebenfalls mit einer Art Produktionspotential – unterstellt wird eine Normalauslastung der Sachkapazitäten von 97 % – rechnet.

<sup>18</sup> Vgl. J. Roth, a.a.O., S. 48.

<sup>19</sup> Vgl. H.-J. Zechlin: Arbeitszeitverkürzung – ein Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes?, in: List-Forum, Bd. 12, 1983/84, Heft 3, Fußnote 15, S. 179.

<sup>20</sup> Vgl. F. A. von Hayek: Die Anmaßung von Wissen, in: ORDO, Bd. 26 (1975), S. 13.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda, S. 47 f.

Im Rahmen der Lohnpolitik verbirgt sich hinter dem Kürzel „Produktivität“ die auf die Gesamtwirtschaft bezogene Durchschnittsproduktivität der Arbeit. Die gesamte Ausbringung wird rein rechnerisch allein zur Einsatzmenge des Produktionsfaktors Arbeit in Beziehung gesetzt. Wenn auch der Name Produktivität den Eindruck der Identität mit Leistung vermitteln mag, hat die Durchschnittsproduktivität der Arbeit mit der Leistung des Produktionsfaktors Arbeit nur insoweit etwas zu tun, wie z. B. besser ausgebildete oder fleißigere Arbeitnehmer die Produktion eines Unternehmens zu steigern vermögen. Unabhängig vom Beitrag des Produktionsfaktors Arbeit kann sich die Produktivität z. B. aber auch schon allein durch einen Mehreinsatz des Produktionsfaktors Kapital erhöhen. Der der Arbeit zuzurechnende Mehrertrag wird also grundsätzlich von der Durchschnittsproduktivität nicht indiziert<sup>21</sup>. Ein Beispiel möge diesen Sachverhalt verdeutlichen:

Bestellt ein Bauer gemeinsam mit vier Gehilfen seine Felder, dann beträgt bei einer Ausbringung von 100 Einheiten die Durchschnittsproduktivität der Arbeit  $100 : 5 = 20$  Ausbringungseinheiten. Mit Hilfe eines modernen Ackerschleppers gelinge es nun dem Bauern, alleine dieselbe Ausbringung zu erzielen. Die Durchschnittsproduktivität der Arbeit steigt dann, obwohl die Ausbringung dieselbe geblieben ist, auf 100 Ausbringungseinheiten, also um 400 %. Dabei ist der Produktivitätszuwachs unabhängig von der für den Bauern verbliebenen Arbeit, d. h. rein rechnerischer Natur.

### Produktivität und Produktionsfunktion

Analoges gilt in bezug auf das Verhältnis zur Grenzproduktivität, die nach der klassischen Grenzproduktivitätstheorie in mikroökonomischer Sicht, also bezogen auf das einzelne Unternehmen bzw. den einzelnen Arbeitnehmer, die Lohnhöhe bestimmt. Durchschnittsproduktivität und Grenzproduktivität haben analytisch betrachtet keine Gemeinsamkeiten<sup>22</sup>. Die erstgenannte ist vielmehr eine einfache, empirisch-statistische, mathematisch-technische Kennziffer. Als solche ist sie kein Indikator für die im ökonomischen Sinne verstandene Knappheit und damit Wertigkeit des Produktionsfaktors Arbeit.

Allerdings besteht eine nicht zwingende Verbindung zwischen beiden Produktivitäten. Viele Berechnungen und theoretische Überlegungen beruhen auf ihr<sup>23</sup>.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu z. B. J. C. Davis, Th. K. Hirsch: Wages and Productivity, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXI (1949), S. 295.

<sup>22</sup> Vgl. H. K. Kullmer: Produktivität, Lohn und Inflation, Frankfurt 1962, S. 9 f.

<sup>23</sup> Vgl. z. B. B. Carl-Hohenbalken: Kann die Produktivität eine Orientierungsgröße für die Lohnpolitik sein?, Wien 1957, S. 69; oder J. Roth, a.a.O., S. 36.

Nimmt man nämlich an, daß die Produktionsfunktion einem ganz bestimmten Typ entspricht (Cobb-Douglas-Produktionsfunktion), dann verhalten sich Durchschnittsproduktivität und Grenzproduktivität proportional zu einander, d. h. verändern sich mit derselben Rate<sup>24</sup>. Notwendige Voraussetzung ist dabei allerdings, daß die Produktionsfunktion im Zeitablauf ihre Gestalt nicht ändert. Anderenfalls verändert sich der Proportionalitätsfaktor. Der Gleichlauf von Durchschnittsproduktivität und Grenzproduktivität erhält einen Sprung. Die Durchschnittsproduktivität kann dann der ihr zugewiesenen Indikatorfunktion für den Verlauf der Grenzproduktivität nicht mehr gerecht werden.

Die mit der Annahme einer im Zeitablauf konstanten Produktionsfunktion verbundenen Restriktionen mögen auf kurze Sicht sowie in Zeiten gleichgewichtiger und stetiger Wirtschaftsentwicklung möglicherweise zutreffen und für kurzfristige Konjunkturanalysen akzeptiert werden können. Seit Beginn der 70er Jahre jedoch sind sie offenbar nicht mehr zulässig: der Einzug der Mikroelektronik in die Büros und die Produktion verursacht in vielen Bereichen umfassende Substitutionsprozesse, insbesondere zwischen Arbeit und Kapital. Zu denken ist hier z. B. an die schon heute in manchen Produktionssparten konkret bestehende Tendenz zu nahezu menschenleeren Fabrikhallen. Die von der gesamten Volkswirtschaft zu bewältigenden Strukturveränderungen sind also letztlich nur ein anderer Ausdruck für sich infolge geänderter Faktorpreis- bzw. -einsatzrelationen ändernde Produktionsfunktionen.

### Festschreibung von Verzerrungen

Ein weiterer Aspekt der fundamentalen Kritik ist, daß bei einer dauerhaften Produktivitätsorientierung der Lohnzuwächse der Preisbildungsprozeß bei der Bestimmung der Faktorentgelte und damit ein zentrales Element des marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismus außer Kraft gesetzt wird<sup>25</sup>. Die funktionale Verteilung, also die Einkommensverteilung auf die verschiedenen Produktionsfaktoren, wird nicht mehr durch den Preisbildungsmechanismus am Markt festgelegt, sondern entscheidend von mathematisch-technischen Berechnungen geprägt. Signale des Marktes werden somit nicht genügend berücksichtigt. Die Struktur der relativen Preise wird verzerrt. Dabei haben wir guten Grund zu glauben, „daß Arbeitslosigkeit anzeigt, daß die Struktur der relativen Preise und Löhne verzerrt wor-

<sup>24</sup> Eine allgemeiner formulierte Variante dieser Annahme findet sich z. B. bei H. Giersch: Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft, Wiesbaden 1977, S. 266.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu z. B. die Argumentation von E. Liefmann-Keil, a.a.O., S. 257 f.

den ist (meist durch monopolistische oder staatliche Preissetzungen) und daß zur Wiederherstellung der Übereinstimmung der Nachfrage und des Angebots von Arbeit in allen Sektoren Änderungen der relativen Preise und eine Umlenkung von Arbeit notwendig sein werden<sup>26</sup>.

Hinzu kommt, daß die dauerhafte Orientierung der Lohnzuwächse an der Produktivitätsentwicklung die Verteilungskonstellation der Ausgangsperiode fest schreibt<sup>27</sup>. Veränderungen des Kapitalkostenanteils werden in der ursprünglichen Berechnungsformel für die Produktivitätszuwächse nicht berücksichtigt. Statt dessen wird angenommen, daß sich die Anteile von Lohn- und Kapitalkosten nicht verschieben. Das schließt freilich nicht aus, daß bei insgesamt zunehmender Ausbringung bzw. Verteilungsmasse die Kapitalkosten absolut steigen können.

Die funktionale Verteilung hängt damit nicht mehr von Veränderungen der relativen Faktorpreise ab. Korrekturen, wie sie z. B. der Sachverständigenrat vornimmt, schwächen dieses Manko zwar ab, ermöglichen also, soweit statistisch erfaßbar, im Rahmen der Berechnungsformel Veränderungen des Kapitalkostenanteils. Doch findet lediglich ein rein saldenmechanischer Ausgleich statt. Unabhängig von Veränderungen der Knappheits- bzw. Faktorpreisrelationen füllen die Lohnkosten den rechnerisch verbleibenden Produktivitätszuwachs aus.

### Ein Beispiel

Als Ergebnis der bisherigen Überlegungen bleibt festzuhalten: Die Veränderungen der Berechnungsformel ändern in qualitativer Hinsicht nichts an der Grundproblematik der Produktivitätsorientierung der Löhne. Nach wie vor ist eine empirisch-statistische Produktivitätskennziffer maßgebliche Orientierungsgröße; nach wie vor wird versucht, die richtigen Lohnzuwächse formelmäßig zu bestimmen. Mathematisch-technische, und damit im Grunde gänzlich unökonomische Berechnungen greifen entscheidend in den Marktprozeß ein. Veränderungen der Faktoreinsatzrelationen werden – wenn überhaupt – rein saldenmechanisch ausgeglichen. Die Faktor-Preis-Relationen bleiben unberücksichtigt oder werden verzerrt wiedergegeben. Nicht der Ausgleich von Angebot und Nachfrage bestimmt den Lohn, Resultante bei vorgegebenem Preis ist vielmehr die Anzahl der Arbeitsplätze.

<sup>26</sup> Vgl. F. A. von Hayek, a.a.O., S. 14.

<sup>27</sup> Vgl. z. B. G. Bombach: Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie, in: J. Niehans, G. Bombach, A. E. Ott: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, Berlin 1959, S. 110, sowie die formelmäßige Herleitung bei H. Scherf: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Preisstabilität, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 98 (1967), S. 118.

**Tabelle 2**  
**Modellrechnung**

	Fall 1	Fall 2	Fall 3	
	Herkömmliches Berechnungsmuster	Berücksichtigung der vier wegrationalisierten Männer	Berücksichtigung des Kapitalkosteneffekts gemäß SVR-Vorschlag <sup>1</sup>	
			bezogen auf Fall 1	bezogen auf Fall 2
Anzahl der berücksichtigten Männer	1	5	1	5
Berücksichtigter Kapitalkosteneffekt	–	–	–6,25 %	–6,25 %
Verteilbarer Produktivitätszuwachs	500 %	20 %	470,6 %	18,8 %
Faktorentlohn je Mann	24 Einh.	4,8 Einh.	22,8 Einh.	4,75 Einh.
Anteil der Lohnkosten an der Gesamtausbringung	20 %	4 %	19 %	3,96 %

<sup>1</sup> Vgl. SVR, Jg. 1983/84, Anhang IV, Abschnitt B, Ziffer 8, Gleichung (4).

Zur Verdeutlichung dieses rein mathematisch-technischen Charakters der verschiedenen Produktivitätsberechnungen sei noch einmal unser stark vereinfachendes Bauernbeispiel herangezogen: In der Ausgangssituation erzielt der Bauer zusammen mit seinen vier Gehilfen eine Ausbringung von 100 Einheiten. Gehilfen und Bauer erhalten zusammen ein Faktorentgelt von 20 Ausbringungseinheiten, also von durchschnittlich vier Ausbringungseinheiten pro Mann. Die Durchschnittsproduktivität der Arbeit beträgt  $100 : 5 = 20$  Ausbringungseinheiten. Die jährlichen Kapitalkosten belaufen sich auf 20 Ausbringungseinheiten. Nach dem Kauf eines Ackerschleppers – zusätzliche Kapitalkosten von zehn Ausbringungseinheiten jährlich – erzielt der Bauer alleine, also ohne seine Gehilfen, eine um 20 % höhere Ausbringung, also 120 Einheiten.

Die aus den verschiedenen Produktivitätsformeln resultierenden Rechenergebnisse können Tabelle 2 entnommen werden. Die quantitativen Unterschiede sind erheblich. Die rechentechnische Vorgehensweise indes bleibt die gleiche.

Zugegeben, die Entwicklung der Produktivität kann insofern Orientierung der Lohnpolitik sein, wie sie anzeigt, daß z. B. Lohnzuwächse, die über dem jährlichen Produktivitätsfortschritt liegen, zu einem absoluten Anstieg der Lohnkosten insgesamt führen. In dieser Hinsicht sind auch Korrekturen zu begrüßen, die helfen, einen möglichst exakten Kostenmaßstab zu berechnen. Die Berücksichtigung der Veränderungen von Kapitalkosten und der Beschäftigung ist in diesem Sinne unbedingt notwendig. Entscheidend ist dann allerdings die richtige Interpretation dieses Kostenmaßstabs „Produk-

**Tabelle 3**  
**Tatsächliche Lohnquote, bereinigte Lohnquote, Reallohnposition**

	tatsächliche Lohnquote <sup>1</sup>	bereinigte Lohnquote <sup>2</sup>	Reallohnposition <sup>3</sup>
1965	65,3	62,3	+0,3
1966	66,4	63,1	+0,4
1967	66,1	62,9	-1,2
1968	64,7	61,2	-1,9
1969	65,7	61,4	+0,3
1970	68,0	62,9	+3,3
1971	69,6	63,7	+1,2
1972	69,8	63,6	-1,0
1973	70,8	64,2	+0,0
1974	72,9	66,0	+2,4
1975	73,1	66,1	-1,8
1976	71,8	64,6	-1,5
1977	72,2	64,6	-0,2
1978	71,4	63,6	-0,9
1979	71,5	63,4	+0,4
1980	73,3	64,7	+1,9
1981	74,4	65,6	-0,2
1982	73,7	65,1	-1,4
1983	72,0	63,7	-2,3

<sup>1</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in % des Volkseinkommens; <sup>2</sup> Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960; <sup>3</sup> Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: SVR, Jg. 1983/84, S. 87 f.

tivitätsfortschritt“, der nichts anderes vermag, als in Verbindung mit den Lohnzuwächsen die absolute Lohnkostenentwicklung zu indizieren. Ein Vergleich mit dem, was in ökonomischer Hinsicht richtig gewesen wäre, ist damit nicht verbunden. Genau in der Interpretationsfrage aber liegt die Gefahr: Denn der „Wunsch und die Neigung, komplizierte Tatbestände und Zusammenhänge möglichst in einer zugkräftigen Zahl zusammenzufassen, ist heutzutage groß, und dieser Neigung kommt das Schlagwort von der Produktivitätsentwicklung entgegen“<sup>28</sup>.

Deshalb, vor allem aber aufgrund der erörterten fundamentalen Mängel, erscheint es angebracht, von einer globalen Orientierung der Löhne am Produktivitätsfortschritt abzuraten. Wegen der „inhärenten Komplexität“ des Phänomens Lohn ist es allerdings unmöglich, konkrete, d. h. quantitativ faßbare, Alternativkonzepte anzubieten. Denn es wird nie gelingen, die statistischen Informationen zu beschaffen, „die zeigen würden, wie weit die tatsächlichen Preise und Löhne von jenen abweichen . . . , die eine kontinuierliche Verwendung des laufenden Arbeitsangebots sichern würden“<sup>29</sup>. Doch sollte uns ein richtiges, wenn auch unvollkommenes

<sup>28</sup> Vgl. G. F ü r s t : Die Entwicklung der Produktivität in der Bundesrepublik, in: Der Volkswirt, Nr. 51-52, 1957, S. 112.

<sup>29</sup> Vgl. F. A. H a y e k , a.a.O., S. 14.

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 17.

Wissen, das vieles unbestimmt und unvorhersehbar läßt, lieber sein als ein vorgeblich exaktes Wissen, das wahrscheinlich falsch ist<sup>30</sup>.

Die Lohnpolitik ist allerdings aufgefordert, für eine stärkere Lohndifferenzierung nach Sektoren, nach Regionen, nach Lohngruppen und Qualifikationen zu sorgen<sup>31</sup>. Das Lohngefüge müßte so gestaltet werden, daß ein flexibles Reagieren auf Veränderungen am Arbeitsmarkt sowie auf Veränderungen im Unternehmenssektor möglich wird. Ein denkbarer Weg dahin wäre z. B., daß bei Tarifverhandlungen lediglich eine Art Mindestloohnerhöhung vereinbart wird, die bewußt unter der „an sich“ möglichen Lohnerhöhung zurückbleibe. Denn „im Grunde genommen kann Schwankungen von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt, d. h. den Substitutionsvorgängen, nur dadurch Rechnung getragen werden, daß der Lohnspielraum für allgemeine Lohnanpassungen (nach oben; der Verf.) weiter eingeengt wird“<sup>32</sup>.

Abschließend bleibt allerdings noch zu fragen, inwieweit sich die praktizierte Lohnpolitik an den Produktivitätszuwächsen orientiert. Denn Tabelle 3 macht deutlich, daß zumindest die tatsächliche Lohnentwicklung ganz und gar nicht dem Idealbild der bzw. einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik entspricht. Weder die tatsächliche noch die bereinigte Lohnquote sind im Zeitablauf konstant geblieben. In einzelnen Jahren treten vielmehr vergleichsweise beträchtliche Veränderungen auf. Die insgesamt eher zähe Bewegung der Lohnquoten sollte nicht darüber hinwegtäuschen. Denn wenn der Zähler eines Quotienten bereits rund 70 % des Nenners ausmacht, ist eine gewisse Trägheit allein aus mathematischen Gründen vorgezeichnet<sup>33</sup>. Ein ähnliches Bild wie bei den Lohnquoten ergibt sich auch bei der vom Sachverständigenrat berechneten Reallohnposition – der Differenz zwischen Lohnkostenentwicklung und verteilbarem Produktivitätszuwachs. Von Konstanz kann keine Rede sein.

Wenngleich die Frage nach der Relevanz der jährlichen Produktivitätszuwächse für die praktizierte Lohnpolitik hier letztlich unbeantwortet bleiben muß, spricht doch vieles für die Möglichkeit, daß die statistisch berechneten Produktivitätszuwächse die Tarifverhandlungen bzw. deren Ergebnisse beeinflussen. Möglicherweise sind die Tarifparteien in Einzelfällen sogar dazu verleitet worden, von ihrer im Zweifel richtigen ursprünglichen Setzung abzuweichen.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1983/84, Ziff. 429.

<sup>32</sup> Vgl. E. L i e f m a n n - K e i l , a.a.O., S. 258.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu z. B. K. W. R o t h s c h i l d : Der Lohnanteil am Gesamteinkommen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 78 (1957), S. 178 f.